

Der Wille zur Einheit siegte!

Zur Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in Sachsen 1946



Am 7. April 1946 versammelten sich im Kurhaus Dresden-Bühlau 1200 Delegierte aus der SPD und der KPD und faßten einstimmig den historischen Beschluß über die Gründung der SED im Land Sachsen. Der Wille der überwältigenden Mehrheit der Mitglieder beider Parteien in Sachsen hatte sich damit erfüllt und fand mit dem Vereinigungsprotokoll am 21. April 1946 in Berlin seine Krönung.

Mit der Beendigung des jahrzehntelangen Bruderkrieges wurde ein neues - das entscheidende - Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung aufgeschlagen. Die Gründung der SED als einer von Anfang an marxistischen Partei war die wichtigste Voraussetzung, um im Osten Deutschlands den Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel auszurotten, die antifaschistisch-demokratische Ordnung aufzubauen und heute erfolgreich die technische Revolution in der Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus zu meistern.

Mitunter wird die Frage gestellt, warum die führenden Funktionäre der beiden Arbeiterparteien nicht sofort nach der Zulassung demokratischer Parteien durch die SMAD nur eine Partei bildeten. Dieser Wunsch war bei vielen Kommunisten und Sozialdemokraten vorhanden! Er entspringt den bitteren Lehren, die die deutsche Arbeiterklasse aus ihrer verhängnisvollen Spaltung ziehen und für die sie mit dem Blut ihrer besten Töchter und Söhne bezahlen mußte. Der Wille zur Vereinigung hatte seine Wurzeln in dem Beschluß der Brüsseler Konferenz der KPD vom Jahre 1933 über die Schaffung der Einheitsfront mit der SPD; in der engen Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten in der Illegalität, in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern und in der illegalen Arbeit des „Nationalkomitees Freies Deutschland“.

Einig in den Grundfragen des Kampfes der Arbeiterklasse

Der Wille zur Einheit allein genügt jedoch nicht. Es ging und geht in der Arbeiterbewegung nie um eine Einheit um jeden Preis, sondern um die organisatorische und ideologische Vereinigung auf einer theoretischen Grundlage, die die Kernfragen des Klassenkampfes über Inhalt und Weg zum Sozialismus wissenschaftlich, d. h. marxistisch erklärt.

Diese Klarheit bestand in der Mitgliedschaft beider Parteien nicht von Anfang an. Die Mehrzahl der sozialdemokratischen und kommunistischen Mitglieder war seit 1933 von einer Bildungsarbeit so gut wie abgeschnitten. Das erklärt die Tatsache, daß ein Teil von ihnen die politische Arbeit dort fortsetzen wollte, wo sie 1933 aufhören mußte. Viele Sozialdemokraten glaubten noch an die Möglichkeit eines Hineinwachsens in den Sozialismus ohne Klassenkampf, während ein Teil der KPD Mitglieder nur einen Weg sah: die sofortige Errichtung der Diktatur des Proletariats nach dem Vorbild der russischen Arbeiter. Die neue nationale und internationale Situation 1945 war der Mehrheit noch nicht verständlich. Vor der Vereinigung mußte somit darüber Klarheit geschaffen werden, daß der Sozialismus nur über die konsequente Verwirklichung der bürgerlich-demokratischen Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse und auf demokratischem Weg verwirklicht werden kann.

Die geeignetste Form zur ideologischen Klärung politischer Grundfragen war die Aktionseinheit der beiden Arbeiterparteien. In der täglichen Auseinandersetzung mit den imperia-

listischen Kräften, bei der Lösung der Aufgaben des antifaschistisch-demokratischen Aufbaus konnten sich alle Mitglieder an Hand eigener Erfahrungen von der Notwendigkeit des sowohl demokratischen als auch revolutionären Kampfes als eine dialektische Einheit überzeugen; konnten gegenseitige Vorurteile und gegenseitiges Mißtrauen überwunden und ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen KPD- und SPD-Mitgliedern entstehen.

Wie richtig diese Orientierung war zeigt u. a. die Entwicklung in Sachsen. Bereits Ende Oktober hatte sich die Zusammenarbeit im Lande so gefestigt, daß gemeinsame Konferenzen der KPD und SPD in allen 30 Kreisen stattfinden konnten, deren Beschlüsse zum Ausgangspunkt einer immer engeren Zusammenarbeit wurden. Gemeinsame Veranstaltungen zum Jahrestag der deutschen Novemberrevolution und aus Anlaß des Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zeigten

Von Genossin Rosemarie Richter und Genossen Walter Böhme Institut für Marxismus-Leninismus

am deutlichsten den ideologischen Wachstumsprozeß unter den Mitgliedern beider Parteien.

Die rechten Führer der Sozialdemokratie argumentieren immer wieder - zuletzt in ihrem Antwortschreiben auf den Offenen Brief des ZK der SED - mit der These, daß die Vereinigung im April 1946 eine „Zwangvereinigung“ gewesen sei. Damit wird die historische Wahrheit auf den Kopf gestellt.

Die Wahrheit ist, daß sich - aus der Erkenntnis, welche Gefahren eine weitere Spaltung der Arbeiterbewegung in sich birgt - Betriebs- und Ortsgruppen beider Parteien ab Januar 1946 an die Kreis- und Landesvorstände beider Parteien mit der Forderung wandten, den Prozeß der Vereinigung zu beschleunigen. Aus mehreren Kreisen Sachsens wandten sich Funktionäre der KPD und SPD an Hermann Matern und Otto Buchwitz und forderten sie auf, bei den Parteivorständen in Berlin die baldige organisatorische Vereinigung zu verlangen.

Die Mitglieder gingen in den unteren Einheiten oft in ihren praktischen Handlungen zur Förderung der Einheit der Arbeiterbewegung den Beschlüssen auf zentraler Ebene voraus. So wurde in Sachsen auf der „Konferenz der 3000“ am 15. Januar 1946 ein gemeinsames Büro gebildet, daß die Arbeit beider Parteien koordinieren sollte. In den Grundeinheiten bildeten sich Organisationsausschüsse der Vorbereitung der Vereinigung, obwohl derartige Beschlüsse erst auf der 2. Sechziger-Konferenz (Februar 1946) zentral gefaßt wurden. Wenn es einen Druck oder Zwang in der Tat gab, so war es der, den die Mitglieder beider Parteien auf die Leitungen ausübten, die Vereinigung rasch zu vollziehen.

Mit der Einigung der Arbeiterbewegung auf marxistischer Grundlage war es in der internationalen Arbeiterbewegung erstmalig gelungen, den Reformismus in einem industriell entwickelten Land, mit einer starken Arbeiteraristokratie eindeutig und endgültig zu überwinden. Auf dieser einheitlichen Basis war es möglich, die anfängs zum Teil abwartenden demokratischen Kräfte als Bündnispartner zu gewinnen und das Kräfteverhältnis in Deutschland zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, zugunsten der Kräfte des Friedens und des sozialen Fortschritts entscheidend zu verändern. Die Zusammensetzung der neuen Parteivorstände in allen Grundeinheiten

und übergeordneten Leitungen erfolgte bei strikter Einhaltung des Prinzips der paritätischen Zusammensetzung. Jede Leitung wurde mit zwei gleichberechtigten Vorsitzenden besetzt. Das zu betonen ist deshalb wichtig, weil rechte Führer der Sozialdemokratie noch heute davon sprechen, daß mit der Gründung der SED die Sozialdemokratie „an die Wand gedrückt worden sei“. Diese Behauptung widerspricht schon rein zahlenmäßig der Tatsache: beide Parteien waren annähernd gleich stark, in einzelnen Ländern - zum Beispiel Sachsen - war die SPD zahlenmäßig stärker. Aber eben diese Mitglieder der SPD haben sich in demokratischer Entscheidung für die Vereinigung mit den Kommunisten ausgesprochen. Noch viel weniger trifft das Argument bei der inhaltlichen Entwicklung der Politik der SED zu. Zweifellos brachte die KPD die größeren revolutionären Kenntnisse und Erfahrungen im Klassenkampf gegen die Reaktion mit. Viele Mitglieder und

Funktionäre der SPD hatten jedoch in der Weimarer Republik eine große Rolle in der Kommunalpolitik und in den Parlamenten gespielt. Durch ihre großen Erfahrungen auf diesem Gebiet wurde die SED wesentlich bereichert. Aus den Erlebnisberichten so erfahrener und bewährter Funktionäre beider Parteien wie Walter Gäßler, Hans Hoffmann, u. a. in Dresden geht immer wieder hervor, daß ohne die beiderseitigen Erfahrungen und ohne den kameradschaftlichen Gedankenaustausch der rasche Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung im harten Kampf gegen die Reaktion nicht möglich gewesen wäre. Darin zeigte sich in der Praxis die echte Zusammenarbeit, die auf der Gemeinsamkeit der Interessen und Ziele beruhte und dazu führte, daß die Mitglieder beider Parteien nach der Vereinigung relativ rasch zusammenwuchsen.

Vorwärtsschreiten und von der Sowjetunion siegen lernen

Zu einem entscheidenden Wendepunkt für die weitere Entwicklung der SED wurde das Jahr 1948. Im Sommer dieses Jahres führte die Politik der imperialistischen Mächte unter Führung der USA die Welt an den Abgrund eines neuen Krieges. In Deutschland, das an der Nahtstelle der beiden Weltssysteme lag, spiegelte sich diese verhängnisvolle Verschärfung der internationalen Situation am schärfsten wider. Ihren konkreten Ausdruck fand das in der Spaltung Deutschlands, die in diesen Wochen konkrete Formen annahm. Die Komplexität der damaligen Situation stellte die Partei vor Aufgaben, die bisher in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung noch nie auf der Tagesordnung standen, für die somit auch keine Erfahrungen vorlagen. Die Führung der SED war gezwungen, nach neuen Wegen zu suchen und auf dieser Grundlage ihre Strategie und Taktik weiterzuentwickeln. Zu diesem Zeitpunkt waren nur in der sowjetischen Besatzungszone die Aufgaben des Potsdamer Abkommens erfüllt und die Grundlagen für eine antifaschistisch-demokratische Ordnung geschaffen. Diese Errungenschaften galt es zu festigen und gleichzeitig dem ganzen deutschen Volk zu zeigen, daß die befreite

Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Kräften in der Lage ist, den gesellschaftlichen Gesamtprozeß zu leiten. Als Antwort auf den Marshallplan, aufbauend auf den erreichten Errungenschaften beschloß der Parteivorstand auf seiner 11. Tagung, mit dem Zweijahresplan den Übergang zur langfristigen Planung und damit zur weiteren Festigung und Entwicklung der demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone.

Der sächsischen Parteioorganisation wurde mit diesem Beschluß eine große Verantwortung übertragen. In Sachsen befanden sich ausschlaggebende Industriezweige und bedeutende Betriebe wie die Steinkohlenschächte, Braunkohlenreviere, Eisen- und Stahlwerke, der Maschinen-, Kraftfahrzeug-, chemischen und Textilindustrie. Von 3843 VEBs befanden sich allein 1669 in Sachsen, rund 50 Prozent der Produktion in der sowjetischen Besatzungszone war hier konzentriert. Auf diese Bedeutung Sachsens für die weitere Entwicklung der demokratischen Ordnung verwies der Vertreter des Zentralsekretariats der SED auf einer Tagung des Landesvorstandes und fügte hinzu, daß die revolutionären Traditionen der sächsischen Parteioorganisation, die große Zahl der im Land konzentrierten Arbeiter mit der größten Landesparteiorganisation an der Spitze - ein Drittel der Mitglieder der SED befanden sich in Sachsen - ausschlaggebend für die vom Parteivorstand gestellten Aufgaben sind. „Wir setzen deshalb ganz besondere Erwartungen auf die sächsische Parteioorganisation.“ War die Partei diesen neuen Anforderungen, wie sie die Klassenkampfbedingungen 1948 stellten, gewachsen?

Seit ihrer Vereinigung hatte sie sich zu einer revolutionären Klassenpartei entwickelt. Wie ein Magnet wirkte die geeinte Arbeiterbewegung. Seit 1946 waren 500 000 neue Mitglieder aufgenommen worden. Damit wurden unwiderlegbar die Verleumdungen der Gegner der Einheit beseitigt. Die behaupteten, der Zusammenschluß von KPD und SPD würde zu einem Rückgang der Mitgliederzahl führen. Die SED hatte sich zur stärksten Partei Deutschlands entwickelt. Bisher war die Partei jedoch vor allem in die Breite gewachsen. Jetzt galt es, eine qualitativ neue Stufe zu erreichen und alle Mitglieder mit der Wissenschaft, die die Voraussetzung für die bewußte Leitung des gesellschaftlichen Lebens darstellt, auszurüsten; mit dem Marxismus-Leninismus. Auf der Tagesordnung stand die Entwicklung der Partei zu einer Partei neuen Typus. Die Frage, die Mitte 1948 vor der Partei stand, lautete: Entweder voranschreiten oder stehen bleiben. Stehen bleiben war aber mit dem Verzicht auf die führende Rolle der Partei gleichzusetzen. Voranschreiten hieß, von der Partei zu lernen, die erfolgreich den Sozialismus aufgebaut hatte, von der KPdSU (B), von der SU lernen, heißt siegen lernen. Die Freundschaft zur Sowjetunion war und ist die sicherste Garantie für den erfolgreichen Kampf der demokratischen Kräfte in Deutschland. Die Mitglieder der SED mußten beginnen, sich den Leninismus anzueignen und in der Praxis anzuwenden. Deshalb verband der Parteivorstand die Festigung der demokratischen Ordnung, den Kampf um die Einheit Deutschlands mit der Entwicklung zur Partei neuen Typus.

Auf die Lösung dieser Aufgaben orientierte Walter Ulbricht die sächsische Parteioorganisation bei einem Besuch 1948 in Dresden. Es ging darum, den notwendigen Durchbruch in der Partei zu erzielen. Die Landesparteiorganisation in Sachsen war dafür am geeignetsten auf Grund ihrer Stärke und Entwicklung. Die SED muß sich den ökonomischen Problemen zuwenden und zur Partei des Aufbaus werden. Das erfordert die aktive Einbeziehung jedes Genossen in die Parteiarbeit und die Konzentrierung der gesamten Kräfte auf die Betriebsgruppen. Sie werden zum Schlüssel für die

(Fortsetzung von Seite 1)

Grundlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse entwickeln sich neue menschliche Beziehungen, die dem Künstler neue Impulse für seine Schöpferkraft geben. Es gilt, neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Künstlern und der TU zu entwickeln, die dazu beitragen können, engere Beziehungen zwischen den Produzenten und den Konsumenten der Kunst herzustellen und gleichzeitig den Künstler in die Lage versetzen, aus dieser neuen Sicht heraus diesen Erlebnisbereich künstlerisch zu gestalten.

Es ist deshalb Aufgabe aller Kulturschaffenden, aus der Kenntnis des Marxismus-Leninismus in die Entwicklungsprozesse der Gesellschaft und der Menschen einzudringen, die wesentlich neuen Erscheinungen zu entdecken, aufzuspüren und sie künstlerisch umzusetzen. Unsere sozialistische Entwicklung verlangt eine größere Verantwortung und Mitarbeit der Künstler und Kulturschaffenden. In unserer Kulturpolitik müssen wir deshalb ständig von den gesellschaftlichen Erfordernissen der technischen Revolution ausgehen.

Wir stellen bewußt die technische Revolution in den Dienst der Verwirklichung unseres sozialistischen Menschenbildes; denn in der sozialistischen Gesellschaft ist die technische Revolution nicht ein Prozeß

bloßer Technisierung, sie bedeutet auch persönliche Qualifizierung der Menschen und Steigerung ihrer schöpferischen Tätigkeit, sie hebt ihren Wohlstand und ihr kulturelles Leben.

Die Erfüllung dieser Aufgaben unserer gesellschaftlichen Entwicklung verlangen eine größere Verantwortung und Aktivität von den Kulturschaffenden.

Beim Aufbau des Sozialismus werden neue Forderungen auf kulturellem Gebiet gestellt. Dabei muß die Position des Künstlers in unserer Gesellschaft „von der „Isolierung“ in der sozialistischen Gesellschaft klar umrissen sein. Die sozialistische Entwicklung in der DDR ist Bestandteil der Klassenaussensetzung zwischen den Kräften des Imperialismus und des Sozialismus in der Welt. Diese Auseinandersetzung ist besonders dadurch gekennzeichnet, daß der westdeutsche Imperialismus die nationalen Interessen des deutschen Volkes mißachtet und die ideologische Diversion gegen die DDR verstärkt. Dieser Situation müssen wir auch bei der weiteren Entwicklung unserer Kulturpolitik Rechnung tragen.

Unsere sozialistische Nationalkultur gibt den humanistisch-demokratischen Kräften in Westdeutschland Unterstützung und eine Perspektive.

Es ist deshalb Aufgabe eines jeden Künstlers und Kulturschaffenden, in dem Ringen zwischen den beiden politischen Systemen in Deutschland Partei zu ergreifen für das Neue, für das Humanistische, für Frieden und Fortschritt. Der Nonkonformismus, der eine besondere Form des bürgerlichen Humanismus ist, ist für den sozialistischen Künstler keine tragfähige Position.

In der Diskussion hob u. a. Genosse Netzschwitz, Sekretär der UPL, hervor, daß die politische Verantwortung der Kulturschaffenden verlangt, den eigenen politischen Standpunkt unter dem Aspekt eines festen parteilichen Standpunktes für die DDR, für die Sache der Arbeiterklasse in Deutschland und im Kampf gegen Imperialismus und Krieg zu überprüfen. Die marxistisch-leninistische Wissenschaft befähigt auch die Künstler, ihre geschichtliche Rolle zu erkennen, im Sinne des sozialistischen Realismus tätig zu sein, parteilich zu sein für die DDR, für die Ar-

beiterklasse, für das historische Neue. Es geht um die Perspektive, um Klarheit über den weiteren Weg der sozialistischen Kunst und Literatur auf höherer, den neuen Anforderungen entsprechender Ebene.

Bei der weiteren Entwicklung unserer sozialistischen Kulturpolitik lassen wir uns von der Haupttraditionslinie der Kulturgeschichte unseres Volkes, besonders des Kampfes der deutschen Arbeiterbewegung, um eine humanistische deutsche Volkskultur leiten.

Genosse Professor Striebling wies in der Diskussion darauf hin, daß es eine Hauptaufgabe aller Kulturschaffenden an der TU sei, gerade unseren jungen Menschen die Werke des sozialistischen Realismus nahezubringen, sie für die Kunstwerke des sozialistischen Realismus zu begeistern. Der sozialistische Realismus ist jene Methode des künstlerischen Schaffens, der alle Genres umfaßt und die schöpferische Originalität des Künstlers zum Nutzen unserer sozialistischen Gesellschaft geradezu verlangt. Sein wesentlicher Vorzug besteht darin, daß er durch die Weltanschauung und die Parteilichkeit des Künstlers sehr eng mit der Entwicklung der Arbeiterklasse verbunden ist.

Für uns an der Technischen Universität bedeutet das, besonders im Hinblick auf die Vorbereitung und Durchführung der 5. Universitäts-

Kulturarbeit ist keine Nebensache

festtage, der 20. Wiederkehr der Eröffnung der TH Schlußfolgerungen zu ziehen, um diese kulturellen Höhepunkte für die Entwicklung der Kulturarbeit an unserer Universität zu nutzen. Die Kulturschaffenden an der TU müssen um einen klaren ideologischen Standpunkt ringen, um den an sie gestellten Anforderungen allseitig gerecht werden zu können. Das bedeutet aber auch, daß die Leitung der Kulturarbeit streffer und zielgerichteter werden muß. Deshalb war es notwendig, die verschiedenen Einrichtungen, Arbeitsgruppen, Kommissionen u. a., die sich mit kulturellen Fragen an der TU befassen, unter staatlicher Leitung zusammenzufassen.

Der Senat beschloß die Gründung einer Senatskommission für Kultur an der TU unter Leitung des Prorektors für Gesellschaftswissenschaften. In dieser Kommission sind alle bisher an der TU künstlerisch tätigen Einrichtungen unter staatlicher Leitung zusammengefaßt worden, um diesen Bereich, der bisher relativ spontan und unkoordiniert arbeitete, zielgerichtet und planmäßig zu entwickeln.

In der Arbeitsrichtlinie der Senatskommission für Kultur heißt es dazu: „Unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und der wissenschaftlich-technischen Revolution kommt der Entwicklung des kulturellen Lebens eine immer größere Bedeutung zu. Durch die Entwicklung eines breiten geistig-kulturellen Lebens wird maßgeblich zur allseitigen Entwicklung der Menschen, zur Festigung ihrer sozialistischen Moral und Einstellung zur Arbeit beigetragen. Die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens muß von den sozialistischen Prinzipien der Kulturpolitik der DDR ausgehen, damit dieser Bereich für die sozialistische Bewusstseinsbildung in vollem Maße nutzbar gemacht wird.“

Die Entwicklung eines vielseitigen geistig-kulturellen Lebens an der Technischen Universität Dresden ist demzufolge eine wichtige Bildungsaufgabe und bedarf der zielgerichteten und planmäßigen Tätigkeit.“

Es ist Aufgabe dieser Senatskommission, die Kulturpolitik der DDR durchzusetzen zu helfen.

Die Lösung der im Zweijahresplan gestellten Aufgaben.

Der Klassengegner im Westen erkannte sehr bald, daß mit der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus und mit der Bildung der Nationalen Front 1949 immer größere Kreise der Bevölkerung in die Lösung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben einbezogen und damit seine Restaurationsversuche eingeeignet wurden. Mit wütenden Angriffen, Drohungen und Verleumdungen versuchte er zwischen Partei und Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone einen Keil zu treiben, spekulierte er auf Differenzen zwischen ehemaligen sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen. Gleichzei-

tig verstärkte das von rechten SPD-Führern im April 1946 gegründete „Ostbüro der SPD“ seine Tätigkeit in Leipzig, Dresden und anderen Orten.

Alle diese Versuche waren vergebens. Die SED festigte ihre Reihen und verschmolz immer enger zu einer marxistisch-leninistischen Partei. Unter ihrer Führung entstand mit der Gründung der DDR erstmals auf deutschem Boden ein Staat des Friedens und des Fortschritts als Basis für die Lösung der nationalen Frage in Deutschland. In diesen entscheidenden Jahren wurde mit der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus die wichtigste Voraussetzung für den Übergang zur zweiten Etappe der volkdemokratischen Revolution geschaffen.